

13.12.2016

News aus Brüssel

Konferenz zur Zukunft der Landwirtschaft - Agricultural Outlook Conference (6.-7. Dezember 2016)

Laut GD AGRI werden die Milchpreise in der EU bis 2018 voraussichtlich nicht über 32 Cent steigen, da die Erholung der Preise durch die auf den Markt gebrachten Bestände von Magermilchpulver (MMP) begrenzt wird. Es wird laut Kommission mindestens zwei oder sogar drei Jahre dauern, bis die 355 000 t MMP abgebaut sind.

Prognosen der Kommission zufolge sollen sich die Exportgeschäfte in den nächsten 10 Jahren positiv entwickeln. Insgesamt sind die Aussichten für die kommenden Jahre positiv, dank der weiterhin wachsenden Nachfrage aus China und der noch weiter steigenden Nachfrage in Afrika. Erwartet wird zudem, dass der weltweite Verbrauch bis 2026 um 1,8 % steigen wird (wobei Indien das größte Wachstum verzeichnet). Der EU-Binnenkonsum von Milch soll in den nächsten 10 Jahren um 8 Millionen Tonnen steigen, während der Trinkmilchverbrauch weiterhin sinken soll (5 kg pro Kopf bis 2026).

Die EU-Milchproduktion soll laut den Prognosen um jährlich 1,3 Millionen Tonnen steigen, um 2026 177 Millionen Tonnen zu erreichen. Die Europäische Kommission rechnet mit weiteren Ertragssteigerungen und mit einer Verringerung des europäischen Viehbestands (außer in Irland) bis auf 22 Millionen Rinder im Jahr 2026 sowie mit einem Rückgang der Treibhausgas- und Ammoniakemissionen pro Kilo Milch. Zudem sollen tiefe Futterpreise den Landwirten eine stabile Marge garantieren.

Anmerkung EMB: Die Auszahlungspreise liegen auch die nächsten Jahre weit unter den Produktionskosten – das können auch die positiven Prognosen der EU Kommission nicht schön reden! Kritisch auch die Abhängigkeit von Exporten - Stichwort: wachsende Märkte in Afrika und Indien.

Agrarministertreffen (12. Dezember 2016)

Die europäischen Agrarminister haben über die Reform der Lebensmittelkette sowie über die Stärkung der Position der Landwirte gesprochen. Mehrere Delegationen haben die Kommission aufgefordert, eine Folgeabschätzung zu machen, mit der Absicht, einen EU-Rechtsrahmen oder sonstige nicht legislative Maßnahmen zur Bekämpfung unfairer Handelspraktiken vorzulegen.

Im Hinblick auf eine stärkere Subsidiarität wird in der Schlussfolgerung des Rates empfohlen, gut funktionierende nationale Systeme sowie bereits bestehende nationale gesetzliche Schutzregeln zu erhalten. Der EU-Rahmen soll somit bereits bestehende freiwillige Initiativen ergänzen, sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene. Auch wurde über eine erhöhte Preistransparenz auf allen Ebenen der Lebensmittelkette gesprochen sowie über die Prüfung von Risikomanagementinstrumenten auf EU-Ebene.

Malta, welches am 1. Januar 2017 den EU-Vorsitz übernimmt, plant weitere Diskussionen zum Thema Lebensmittelkette.

[<<< back](#)